



9. Juli 2008

## **Gemeinsame Presseerklärung der stahlverarbeitenden Industrien in Deutschland**

### **Preissprünge gefährden die Industriekonjunktur**

Die enorm gestiegenen Rohstoff-, Energie- und Stahlpreise stellen die deutsche Industrie derzeit vor besondere Herausforderungen. Darauf verweisen die Industrieverbände der stahlverwendenden Branchen in Deutschland (Hauptverband der deutschen Bauindustrie e.V., Verband der Automobilindustrie e.V., Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V., Verband für Schiffbau und Meerestechnik e.V., Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V., SET - Wirtschaftsverband Stahlbau und Energietechnik e.V., ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V.). Zusätzliche Belastungen durch politisch begründete Eintrittsbarrieren auf dem europäischen Markt und Zusammenschlüsse auf den sehr engen Erz- und Kokskohlemärkten gefährden die konjunkturelle Entwicklung.

Die weltwirtschaftliche Dynamik – sowohl in den Wachstumsmärkten der Schwellenländer als auch in den entwickelten Märkten der Industrienationen – hat die deutsche Industriekonjunktur in den letzten Jahren beflügelt und die Stellung als Exportweltmeister gefestigt. Der deutsche Maschinenbau schuf seit Jahresbeginn 2007 rund 70.000 neue Arbeitsplätze, die deutsche Elektroindustrie rund 24.000; die Zahl der Beschäftigten auf den Werften stieg alleine im Jahr 2007 um fünf Prozent. In den Unternehmen der Stahl und Metall verarbeitenden Unternehmen wurden 32.000 neue Stellen geschaffen. In der deutschen Automobilindustrie sind seit Jahresbeginn über 15.500 neue Jobs entstanden. Die deutsche Industrie ist der Motor der konjunkturellen Belebung und die Triebfeder der gestiegenen Beschäftigung. Der deutsche Maschinenbau, die Automobilindustrie, der Anlagenbau, die Elektroindustrie, die Stahl und Metall verarbeitenden Unternehmen, die deutsche Bauindustrie und der deutsche Schiffbau setzen globale Akzente, sind hoch angesehen und flexibel. Sie sind Benchmark weltweit.

Für die Stabilisierung der Konjunktur ist die deutsche Industrie auf die unbeschränkte Verfügbarkeit wichtiger Roh- und Grundstoffe zu angemessenen Preisen angewiesen. Anlass zur Sorge bereitet derzeit vor allem die Entwicklung der Stahlpreise. Die europäische Stahlindustrie, seit Jahren Partner unserer Unternehmen, partizipierte dabei nicht zuletzt von der Innovationsdynamik und der globalen Präsenz unserer Unternehmen. In der Vergangenheit war die partnerschaftliche Beziehung unserer Mitglieder zur Stahlindustrie Teil des gemeinsamen Erfolgs. Diese Partnerschaft wird aktuell auf eine harte Probe gestellt – mit nicht mehr kalkulierbaren Risiken für die gesamte Industriekonjunktur Deutschlands.

Die Stahlindustrie ist durch die erhöhten Forderungen ihrer Vorlieferanten ebenfalls stark belastet. Wir unterstützen sie in ihrer Forderung nach mehr Wettbewerb unter den Minengesellschaften. Uns ist sehr wohl bewusst, dass die fehlende Wettbewerbsdynamik und enorme Verhandlungsmacht auf den weltweiten Eisenerz- und Kokskohlemärkten auch die Stahlindustrie vor Herausforderungen stellte. Daher fordern wir die Europäische Kommission auf, dem Zusammenschluss der Unternehmen BHP Billiton und Rio Tinto nicht zuzustimmen.



Der Stahlindustrie ist es jedoch in jüngerer Zeit gelungen, die Preissteigerungen der Vorstoffe voll auf die Kunden zu überwälzen. Allerdings sind die aktuellen Stahlpreiserhöhungen nicht mehr nur mit den gestiegenen Vormaterialkosten und der enormen Nachfrage aus den Schwellenländern zu erklären.

Die von der Stahlindustrie initiierten handelspolitischen Untersuchungen vor allem bei Flachstahlprodukten verhindern bereits jetzt den Markteintritt potentieller neuer Wettbewerber. Die Verfügbarkeit von Stahl aus Drittländern ist seit der Eröffnung der Untersuchungen drastisch gesunken. Die deutsche Industrie sieht allerdings eine Notwendigkeit, die verfügbaren Stahlmengen in Europa auszudehnen. Der Stahlmarkt war in der Vergangenheit durch ein sehr knappes Angebot, ausgelastete Kapazitäten und steigende Preise charakterisiert. Dies steht im Widerspruch zu den Forderungen der europäischen Stahlindustrie nach künstlich geschaffenen Markteintrittsbarrieren durch die Einführung von Schutzzöllen für Flachstahl. Anti-Dumping Zölle auf Stahlflachprodukte sind sachlich nicht gerechtfertigt.

Wir sprechen uns für den Einsatz von handelspolitischen Instrumenten zur Sicherung eines fairen und freien Handels aus, nicht zur Verfestigung der geringen Wettbewerbsintensität auf dem europäischen Stahlmarkt.

Die stahlverarbeitenden Unternehmen in Deutschland brauchen unternehmerische Planungssicherheit auf der Beschaffungsseite. Ein ungebremstes Abwälzen der Preissteigerungen auf die Kunden ist im globalen Wettbewerbsumfeld keine Option. Auf Rahmenvereinbarungen über Mengen, Laufzeiten und Preise mit der Stahlindustrie muss Verlass sein. Immer höhere Preisforderungen, reduzierte Mengen und Laufzeitveränderungen in laufenden Verträgen werden an Zusagen in Folgegeschäften gekoppelt. Dies stellt die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der stahlverarbeitenden Industrien auf eine sehr gefährliche Probe.

Die stahlverwendenden Industrien appellieren daher gemeinsam an die Politik, ihre industriepolitische Aufgabe für faire Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb wahrzunehmen. Die Europäische Kommission und die Bundesregierung sind gefordert, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

- Stahl, der mit Abstand wichtigste Rohstoff der industriellen Fertigung in Deutschland, muss verfügbar bleiben.
- Der Wettbewerb darf im Interesse der konjunkturellen Entwicklung und der Stabilität der Lieferbeziehungen nicht künstlich eingeschränkt werden.
- Die geforderten Schutzzölle für Flachstahl gefährden den Industriestandort Deutschland zusätzlich.

Gerade für den industriellen Mittelstand bleibt die Entwicklung der Rohstoffpreise eine enorme Herausforderung. Wir fordern die Stahlindustrie daher auf, ihre Rolle als Entwicklungs- und Lieferpartner, als Teil der industriellen Wertschöpfung in Deutschland und Europa wahrzunehmen.



Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.  
Dr. Heiko Stiepelmann, stellv. Hauptgeschäftsführer  
030 - 21286-140  
heiko.stiepelmann@bauindustrie.de

Verband der Automobilindustrie e.V.  
RA Klaus Bräunig, Geschäftsführer  
069-97507 270  
braeunig@vda.de

Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.  
Dr. Hannes Hesse, Hauptgeschäftsführer  
069-6603 1461  
Hannes.hesse@vdma.org

Verband für Schiffbau und Meerestechnik e.V.  
Dipl. Ing. Werner Lundt, Hauptgeschäftsführer  
040-2801 5222  
lundt@vsm.de

Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.  
RA Dr. Andreas Möhlenkamp, Hauptgeschäftsführer  
0211-4564-100  
amoehlenkamp@wsm-net.de

SET - Wirtschaftsverband Stahlbau und Energietechnik e.V.  
Dr.-Ing. Reinhard Maaß, Geschäftsführendes Mitglied des Vorstands  
0211-49870-32  
info@set-online.de

ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V.  
Dr. Klaus Mittelbach, Vorsitzender der Geschäftsführung  
069-6302-211  
mittelbach@zvei.org

*Der Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V. ist die politische und wirtschaftliche Interessenvertretung der deutschen maritimen Industrie, der See- und Binnenschiffswerften wie auch der Zulieferer. Weitere Einzelheiten zur Entwicklung der deutschen Schiffbauindustrie und der Meerestechnik enthält der Jahresbericht 2007 des VSM. Sie können ihn beim VSM anfordern oder finden ihn im Internet unter <http://www.vsm.de>.*

Rückfragen an            Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V.  
Steinhöft 11 (Slomanhaus)  
20459 Hamburg  
Tel:    (040) 2801 52-0  
Fax:    (040) 2801 52-30  
E-mail:    [info@vsm.de](mailto:info@vsm.de)